

THORSTEN FREI. www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem sich der Haushaltsausschuss bereits mit den Einzelplänen befasst hat, findet in der kommenden Woche die sog. Haushaltswoche im Deutschen Bundestag statt. Unsere Fraktion steht für solide Finanzen, das ist unser Markenkern. Trotz einer abflauenden Konjunktur werden wir auch für das nächste Jahr keine neuen Schulden machen. Gleichzeitig benötigen wir eine Generalrevision, um zu prüfen, wo der Staat inneffizient wirtschaftet und wo deshalb nachjustiert werden muss. Ich bleibe aber dabei, dass es keine neuen Steuern geben darf. Dafür werde ich mich in Berlin einsetzen!

Der Wahlsonntag in Sachsen und Brandenburg hat gezeigt: Der bundesweite Trend für die CDU läuft in eine Richtung, die uns nicht gefallen kann. Der Vertrauensverlust der letzten Zeit ist auch nicht mit einem großartigen Wahlkampf wett zu machen. Es wird sich gerade auch in den kommenden Monaten zeigen, ob wir den Trend aufhalten können und wieder zur alten Stärke kommen können. Von der sächsischen Union können wir die positiven Effekte mitnehmen: Diskussionsprozesse führen, Präsenz zeigen und mit den Menschen in den Dialog kommen – Das schafft Vertrauen.

Herzlichst

The morelen him

Vermögenssteuer würde Deutschland schaden



Mit ihrem Beschluss zur Widereinführung einer Vermögenssteuer zeigt die SPD einmal mehr, dass sie die Zeichen der Zeit verkennt und treffsicher Politik vorbei an den Interessen Deutschlands macht. Die Vorzeichen für einen wirtschaftlichen Abschwung verdichten sich. Es drohen Kurzarbeit und Entlassungen. Solche Entwicklungen könnten durch eine Vermögenssteuer beschleunigt werden. Insbesondere die damit verbundene Substanzbesteuerung von Unternehmen könnte die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter belasten. Das Institut der deutschen Wirtschaft warnt zu Recht, dass das Vorhaben der SPD für viele Firmen wie eine deutliche Steuererhöhung wirken würde. Die Zeche würden am Ende die Arbeitnehmer zahlen, wenn deshalb Unternehmen ins Straucheln geraten würden. Angesichts reduzierter Unternehmenssteuern in den USA und Dumpingmethoden aus Fernost wäre es vielmehr angezeigt, dass wir unsere Unternehmen entlasten und die Unternehmenssteuern senken. Unser Unternehmenssteuerrecht muss international wettbewerbsfähig sein. Darüber hinaus sollte die SPD nicht wieder die alte Gerechtigkeitsleier spielen. Natürlich besitzen die wohlhabendsten 10 Prozent der Privathaushalte mehr als 60 Prozent des privaten Vermögens. Aber genau diese 10 Prozent kommen im gleichen Maße schon heute für das Gesamtsteueraufkommen und damit für den staatlichen Zusammenhalt bzw. unseren Sozialstaat auf. Eine Vermögenssteuer, die zusätzlich zum bereits heute bestehenden Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener ab 250.000 EUR eingeführt würde, wäre das falsche Signal an alle Leistungsträger in unserem Land. Leistung muss sich lohnen und nicht kriminalisiert werden. Deshalb lehne ich die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab.

Wir müssen die Lebensmittelverschwendung weiter eindämmen



Lebensmittel sind bei uns zum Glück im Überfluss auch für den kleinen Geldbeutel verfügbar. Doch das große und günstige Angebot verleitet viel zu oft, wählerisch zu werden. Eine kleine Druckstelle, ein nur kurz abgelaufenes Mindesthaltbarkeitsdatum - und schon landen Lebensmittel in der Tonne, die eigentlich noch nutzbar wären. Pro Kopf und Jahr wirft in Deutschland jeder Mensch rund 55 Kilogramm einfach in den Hausmüll. Damit muss Schluss sein. Aber nicht nur in Privathaushalten werden Lebensmittel verschwendet, sondern entlang der gesamten Wertschöpfungskette Kette: in der Landwirtschaft, der Produktion, der Gastronomie und im Handel. Das kostet nicht nur Geld, sondern auch wertvolle Ressourcen wie Wasser und Energie. Etwa 820 Liter Wasser sind beispielsweise geflossen, bis ein Kilogramm Äpfel verzehrfertig im Supermarktregal liegt, 5.000 Liter werden zur Herstellung eines Kilogramms Käse gebraucht. Unser Ziel ist es daher, die Lebensmittelabfälle bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren. Genau wie beim Klimaschutz muss Deutschland auch bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen Vorreiter werden. Dies sehe ich als unsere Pflicht als wohlhabendes Industrieland. Zumal die Vermeidung von Lebensmittelabfällen am Ende auch aktiver Klimaschutz ist. Darum hat die Bundesregierung zu Beginn des Jahres die Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung beschlossen. Damit wollen wir die Lebensmittelverschwendung bis 2030 auf Verbraucher- und Einzelhandelsebene halbieren. Der Erfolg hängt aber von jedem Einzelnen ab und beginnt im Kleinen. Haben Sie innovative Ideen, wie wir besser mit unserem Essen umgehen können? Dann bewerben Sie bei dem von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bereits zum fünften Mal ausgelobten Bundespreis "Zu gut für die Tonne!". Bis zum 13. Oktober 2019 können sich Unternehmen, Initiativen, Organisationen, Vereine, Behörden und Einzelpersonen mit konkreten Ideen, Produkten und Visionen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung bewerben. Prämiert wird in den fünf Kategorien Digitalisierung, Landwirtschaft & Produktion, Handel, Gastronomie sowie Bildung & Gesellschaft. Ich würde mich sehr darüber freuen, im kommenden Jahr einen Preisträger aus meinem kreativen und innovativen Wahlkreis in Berlin empfangen zu können.

Gegen zu hohe Mieten hilft nur bauen, bauen, bauen



Bezahlbarer Wohnraum ist überall knapp geworden. Das spüren wir auch bei uns in der Region. Es ist immer schwieriger eine passende neue Wohnung oder gar ein Häuschen zu finden - egal ob zur Miete oder zum Kauf. Umso mehr haben mich die von der linken Bausenatorin in Berlin vorgelegten Ideen erschüttert, wonach die Mieten auch in Bestlagen auf eine maximale Nettokaltmiete von 7,97 EUR abzusenken sind. Dreißig Jahre nach der Wende will Frau Lompscher offenbar in Berlin wieder die sozialistische Planwirtschaft einführen. Dies halte ich für wohnungswirtschaftlichen Irrsinn und ein Bürokratiemonster, mit dem mehr neue Probleme geschaffen als gelöst werden. Statt für Personal in den Bauämtern und schnellere Baugenehmigungen zu sorgen, müsste ein Heer von Beamten künftig Verträge und Eigenbedarfe aufwendig prüfen. Statt ein Konzept für wirksamen sozialen Wohnungsbau vorzulegen, werden faktisch nur Eigentümer kriminalisiert. Damit wird aber keine einzige zusätzliche Wohnung geschaffen. Vielmehr werden jegliches Vertrauen und jeder Bauanreiz erstickt. Ohnehin halte ich die Vorschläge für verfassungswidrig, so dass wir einen Gang vor das Bundesverfassungsgericht prüfen sollten. Es fehlt schon an der Landeskompetenz. Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht gerade erst in seinem jüngsten Beschluss zur Mietpreisbremse daran erinnert, dass der Gesetzgeber die schutzwürdigen Interessen der Eigentümer und Gemeinwohlbelange in einen gerechten Ausgleich und ein ausgewogenes Verhältnis bringen muss. Das kann ich hier nicht erkennen. Hinzu kommt: Für den Mieterschutz haben wir uns auf Bundesebene soeben erst umfassend in der Koalition verständigt und werden dies im Herbst umsetzen. Bei alledem bleibt aber der Befund: Gegen zu hohe Mieten hilft nur eins wirklich nachhaltig: bauen, bauen und nochmals bauen. Auch dafür haben wir in der Koalition im August auf umfangreiche Maßnahmen wie beispielsweise die Verlängerung der Ausnahmeregelung des § 13b Baugesetzbuch verständigt.

Gambia als Musterbeispiel für Migrationszusammenarbeit mit Afrika



Auch wenn absehbar auch in diesem Jahr weniger als 200.000 neue Asylbewerber nach Deutschland kommen werden, ist das Thema Migration nach wie vor entscheidend für die Menschen. Alle Verlautbarungen und Bemühungen, um auf europäischer Ebene gemeinsam Fortschritte und Kompromisse für eine konsistente und funktionierende EU-Migrationspolitik zu erreichen, sind bisher fehlgeschlagen. Die Interessenunterschiede der 27 Mitgliedsstaaten sind zu groß, die Kompromissbereitschaft zu klein. Hier braucht es nach Ansicht von Gerald Knaus, dem Vorsitzenden des Berliner Think Tanks "European Stability Initiative (ESI)", neue Impulse und Wege, um aus der Sackgasse herauszukommen. Knaus, der auch als Kopf hinter dem Türkei-EU-Flüchtlingsabkommen gilt, sieht vor allem auf Seiten Deutschlands großen Handlungsdruck, da Deutschland die meisten Lasten der Migration trägt. Während Griechenland, Italien und Spanien zwar am lautesten klagen, nehmen sie im Gegenzug kaum neue Flüchtlinge auf. Die drei Mittelmeeranrainer gewähren Menschen aus Afrika und Asien kaum oder im Falle Spaniens gar kein Asyl, was wiederum dazu führt, dass fast alle Migranten weiter nach Frankreich und Deutschland zögen. In diesem Zusammenhang stellte mir Gerald Knaus seine aktuellen Studien und Schlussfolgerungen zu den Migrationsherausforderungen insbesondere mit Westafrika vor. Am Beispiel Gambias, das er kürzlich für politische Gespräche besuchte, skizzierte er, wie Deutschland mit den Staaten Afrikas wirksame Migrationsabkommen schließen könnte. Dabei betonte er, dass solche Abkommen für beide Seiten einen Mehrwert haben müssten. Im Falle Gambias wären dafür bilaterale Entwicklungsprojekte, die es derzeit nicht gebe, Qualifizierungsmöglichkeiten für Gambianer, die bereits in Deutschland sind, und auch legale Migrationskorridore notwendig. Umgekehrt müsse sich Gambia bereit erklären, jeden straffälligen Asylbewerber zurückzunehmen, uneingeschränkt bei der Verhinderung illegaler Migration, bei der Identitätsfeststellung und der Passersatzbeschaffung mitzuwirken und die Bevölkerung über Migrationsrisiken und Schwierigkeiten zu informieren. Ein solches Modellprojekt der Migrationszusammenarbeit wäre auch aus meiner Sicht vor allem für Baden-Württemberg von großem Interesse, da fast alle Gambianer, die seit 2015 nach Europa gekommen sind, heute in unserem Bundesland leben. Unabhängig davon kommt es aber auch darauf an, dass man mit einer solchen Vereinbarung nicht den Eindruck erweckt, dass ein Spurwechsel von illegaler Migration zu Legalität durch Arbeit führt. Die damit einhergehenden Signale könnten einen neuen Migrationssog entwickeln. Trotzdem steht auch für mich außer Frage, dass Deutschland weiter proaktiv handeln muss, wenn es auf europäischer Ebene stocke. Deshalb stehe ich den Vorschlägen der ESI sehr offen gegenüber.

Viele Wünsche in Blumberg realisiert



Blumbergs Wirtschaftskraft ist gut und man hat hier auch Antworten auf den demografischen Wandel mit dem Bau von altersgerechten Angeboten gefunden. Davon konnte ich mich bei meinem Besuch bei Bürgermeister Markus Keller und vielen Gemeinderäten überzeugen. Projekte und Wünsche gibt es natürlich weiterhin. Man hofft in den Talgemeinden rund um den Stadtteil Achdorf auf einen raschen Ausbau des Breitbandnetzes. In der Kernstadt stehen der weit über 20 Millionen Euro teure neue Schulcampus und die Stadionsanierung an. Für beide Projekte erhofft sich Bürgermeister Keller finanzielle Unterstützung von Bund und Land, ebenso für den Breitbandausbau in den Ortsteilen. Deutlich verbessert haben sich die Perspektiven für die B27-Umfahrung Randen. Und auch bei der schwieriger zu realisierenden Umfahrung Zollhaus registriert Keller positive Signale beim Regierungspräsidium. Generelle Lockerungen im Baurecht erhofft man sich ebenfalls, um der großen Wohnungsnachfrage nachkommen zu können.

Dynamische Entwicklung in Donaueschingen



Für mich ist Donaueschingen weiterhin das Ideal, wenn es um die Umsetzung von geförderten Bundesprogrammen geht. Wenn ich allein an die Kleinkindbetreuung denke, wurde hier viel und schnell umgesetzt. Davon konnte ich mich bei meinem Besuch bei OB Erik Pauly, Bürgermeister Severin Graf und Gemeinderäten in der Donaustadt einmal mehr überzeugen. In einer kurzen Diskussion um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land betonte ich, dass ich gegen die Übernahme von Altschulden und für eine deutliche Aufstockung der Städtebauförderung bin. Denn die Kommunen können dann selbst entscheiden, wofür sie das Geld verwenden wollen. Trotz Konversionsgelände, in dem ein weiterer Kindergarten gebaut wird, tut man sich auch in Donaueschingen schwer, neues Bauland auszuweisen. Diskutiert wurde auch über den stockenden sozialen Wohnungsbau. Ich bedauerte, dass der Bund hier jährlich bis zu zwei Milliarden an die Länder zahlt, das Geld aber oft anderweitig eingesetzt wurde.

Unterkirnach auf gutem Weg



Auf gutem Weg sehe ich die Gemeinde Unterkirnach, obwohl mit der Firma Wahl der größte Gewerbesteuerzahler einen Umzug nach St.Georgen-Peterzell plant. Diesen Eindruck erhielt ich bei meinem Besuch bei Bürgermeister Andreas Braun. Ein neues Baugebiet, das oberhalb der Ferienanlage erschlossen wird, sowie die Verdoppelung der Kinderzahlen in Kindergarten und Grundschule binnen weniger Jahre weisen nach einer in der Vergangenheit gesunkenen Einwohnerzahl nun wieder auf eine positive Entwicklung hin. Abgerundet wurde der Gemeindebesuch mit einem interessanten Gespräch mit Busunternehmer Mathias Merz. Wir waren uns einig, dass der ÖPNV in der weiteren Klimadiskussion eine wichtige Rolle spielen wird. Ein Ausbau sei aber mangels Busfahrern gar nicht so einfach, meinte Merz. Was Bürgerengagement bewirken kann, erlebte ich noch bei einer Fahrt ins nahe Groppertal, wo sich Anlieger zu einer Grabgemeinschaft für einen schnelleren Breitbandanschluss zusammengefunden haben.

Über 90 Zuhörer beim CDU-Seniorennachmittag



Vor über 90 Besuchern beim CDU-Seniorennachmittag in Donaueschingen sprach ich kurz über die aktuelle Politik. Dabei ging es unter anderem um die wirtschaftliche Situation, den Wohnungsmangel, das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder die geregelte Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern. Ich betonte die gute Lage im Land mit Rekordsteuereinnahmen, -investitionen bei sehr geringer Arbeitslosigkeit.

Losfee für den Eichberg-Cup in Blumberg



Der Eichberg-Cup, ein internationales Fußball-Hallenturnier für U15-Teams in Blumberg, hat sich in den vergangenen neun Jahren enorm entwickelt. In diesem Jahr zog ich für die Gruppeneinteilung die Vereine aus der Lostrommel. Darin fand sich eine Reihe Teams von Bundesligaclubs. Ich attestierte den Machern vom SV Fützen und dem VfL Riedböhringen eine supertolle Veranstaltung durch eine ehrenamtliche Spitzenleistung.

Dialog zur Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie



Zur Umsetzung der neuen EU-Feuerwaffenrichtlinie muss auch das deutsche Waffenrecht angepasst werden. Dies soll im Herbst geschehen. Die Anhörung der

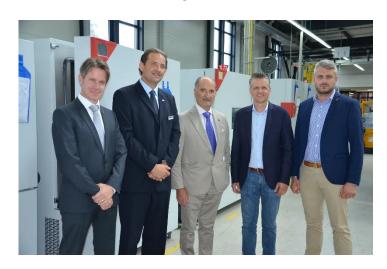
Verbände zu den geplanten Änderungen spiegelte einiges an Kritik. Diese äußerte auch Geschäftsführer Ingo Meinhard vom Interessenverband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler bei einem Gespräch in der Büchsenmacherei von Monika Matyja in Mönchweiler. Deutschland habe ein gutes Waffenrecht. Dieser Ansicht will ich nicht widersprechen. Ich sehe die Probleme im Umgang mit Waffen weniger bei den Jägern oder Sportschützen, sondern im illegalen Waffenhandel, der vor allem übers Internet stark zugenommen hat.

St. Georgen wünscht sich Ringzuganschluss



Im Mittelpunkt des Gesprächs bei Bürgermeister Michael Rieger und einer Räte-Runde in St. Georgen standen der gewünschte Ringzug-Anschluss mit drei Haltestellen in Peterzell, im Industriegebiet und am Bahnhof, der weitere Glasfaserausbau, die Innenstadtsanierung für über 30 Millionen Euro sowie eine Nachhaltigkeitswoche, die 2020 ihre Premiere feiern soll. Mich freut es, dass die Bergstadt neben einer starken Wirtschaft nun auch wieder stabile Einwohnerzahlen vorzuweisen hat. Gerne würde man als Stadt weiter wachsen, doch es sei sehr schwer, Investoren für den Mietwohnungsmarkt zu finden, weil das Mietniveau deutlich niedriger sei als in Villingen-Schwenningen oder Bad Dürrheim. Natürlich wünscht man sich in St. Georgen für millionenschwere Investitionspläne auch Unterstützung von Bund und Land. Diese sagte ich mit Hinweis auf die wachsende Zahl an Bundesprogrammen, etwa für den Breitbandausbau, Kinderbetreuung oder Schuldigitalisierung, zu. Abgerundet wurde der Besuch mit einem Blick in das in der Region einzigartige Technologiezentrum (TZ), das seit nunmehr 34 Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule Furtwangen jungen Gründern auf die die Beine hilft und diese bei der Unternehmensentwicklung begleitet.

Binder GmbH in Tuttlingen beeindruckt



Auf Einladung der weltweit sehr erfolgreich agierenden Binder GmbH, Tuttlingen, habe ich Einblicke in ein sehr innovatives Unternehmen außerhalb meines Wahlkreises erhalten, das stolze neun Prozent seines Umsatzes in Forschung und Entwicklung investiert. Damit zählt Binder zu den Top 10 der innovativsten Mittelständler Deutschlands. Die hohe Innovationskraft des Herstellers von hochtechnisierten Simulationsschränken für Automotive, Biotechnologie, Chemie oder Halbleiterindustrie lässt sich 36 Jahre nach Gründung in markanten Zahlen herauslesen. Binder hat eine Exportquote von 80 Prozent, liefert in 135 Länder und erwirtschaftet mit rund 400 Mitarbeitern, 350 davon am Stammsitz Tuttlingen, rund 75 Millionen Euro.

Auf Kurzbesuch in Wolfach



Auf meiner Sommer-Tour schaute ich auch bei Wolfachs Bürgermeister Thomas Geppert vorbei. Auf der Zielgeraden befindet sich die Sanierung der Schlosshalle. Für knapp 900 000 Euro, die zur Hälfte gefördert werden, wird das Gebäude modernisiert und heutigen Ansprüchen angepasst. Nochmals Werbung machte ich für den Breitbandausbau im Kinzigtal. Für die

Kommunen im Oberen Kinzigtal ist das schnelle Netz ein wichtiger Standortfaktor für eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft. Die aktuell bis zu 90-prozentige Förderung von Bund und Land sollte sich Wolfach

Beeindruckt von Hornbergs Entwicklung

nicht entgehen lassen.



Hornberg hat sich in meinen Augen seit Fertigstellung der Tunnelumfahrung enorm entwickelt. Dieser Eindruck erhärtete sich bei meinem Besuch bei Bürgermeister Siegfried Scheffold. Doch mit der Stadtsanierung und Aufwertung des 4300 Einwohner zählenden Städtchens ist man hier noch lange nicht fertig: Der Schlossberg rund um die Burgruine soll aufgewertet und die Schule saniert werden. Auch die in den 1940er-Jahren erbaute Stadthalle steht vor einer Sanierung und Erweiterung um zwei flankierende Anbauten, wenn das Denkmalamt mitspielt. Im Beisein der Fraktionsvertreter machte ich auch hier Werbung für den raschen Glasfaserausbau. Mehr Flexibilität bei der aktuell gültigen Arbeitszeitregelung im Gastgewerbe wünscht sich der Bürgermeister. An der CDU liege die Erfüllung dieses Wunsches nicht, machte ich deutlich.

Gedenkfeier in Schonach für Bildhauer Klaus Ringwald



Seine Plastiken sind in vielen Kirchen und im öffentlichen Raum präsent, seine Köpfe für ihre Ausdruckskraft geschätzt. Bereits Ende 2011 ist der Schonacher Künstler Klaus Ringwald verstorben. Am 6. August wäre er 80 Jahre alt geworden – Anlass für die Gemeinde, Leben und Werk des Bildhauers zu würdigen. Mit der kurzen Ansprache von Bürgermeister Jörg Frey und der ausgesprochen gelungenen Würdigung durch Dr. Werner, ist das in meinen Augen sehr gut geglückt.

Gutacher wünschen sich Bahnhalt der Schwarzwaldbahn



Dankbar zeigte sich Bürgermeister Siegfried Eckert bei meinem Besuch im Gutacher Rathaus angesichts einer "hervorragenden Bundesstraßensanierung" für 700 000 Euro. Der neue Flüsterasphalt soll einige Dezibel Beruhigung bringen. Ob das von Gutachern angedachte Tempo 30 in den Nachtstunden kommen wird, ist noch offen. Entlastung soll auch eine Verbesserung des ÖPNV in Gutach bringen. Eckert und die beim Besuch anwesenden Gemeinderäte wünschen sich gleich zwei Halte der Schwarzwaldbahn oder mehr öffentliche Busse zum nächsten Bahnhof. Die neue Haltestelle der Ortenau-Bahn beim Vogtsbauernhof-Museum sei zwar prinzipiell ein Gewinn, doch für den Tourismus brächte der Stopp der Schwarzwaldbahn deutlich mehr, hieß es. Für die Gutacher selbst liegt dieser Halt zu weit abgelegen, weshalb man sich auch einen ortsmittigen Zug-Halt wünscht. Auch der störende Bahnübergang, der die Bundesstraße 33 kreuzt, soll endlich durch eine Unterführung beseitigt werden. Mit einem spannenden Einblick in die revolutionäre 3-D-Produktionstechnik bei "D3 Experts" wurde der Besuch abgerundet.

Sehr gute Arbeit in Brigachtal



Hohe Investitionen in die Kinderbetreuung, in Betreutes Wohnen und Pflege oder auch in den Breitbandausbau sorgen für eine anhaltend attraktive Gemeinde Brigachtal. In den vergangenen 40 Jahren hat hier die Einwohnerzahl um gut 1000 auf knapp 5200 Einwohner zugelegt. Entsprechend bescheinigte ich Bürgermeister Michael Schmitt und den gekommenen Gemeinderäten eine sehr gute Arbeit. Schmitt machte aber auch klar, dass man angesichts der topografischen Lage im schmalen Tal der Brigach und durch naturschutzrechtliche Restriktionen allmählich an die Wachstumsgrenzen gelange. Als nächste Millionenprojekte nannte Michael Schmitt den Bau eines neuen Kindergartens und die Ortskernsanierung des Ortsteils Überauchen. An mich richtete er den Wunsch, dass der Bund bei der Überplanung der Einmündung B27/B33 bei Bad Dürrheim auch an die Abzweigung Marbach als wichtigen Anschluss des Brigachtals denken sollte. Abgerundet wurde der Besuch mit einem Blick in das sehr innovative Unternehmen Roth & Effinger.

Klimafreundliche Pellets statt Heizöl in Schwenningen



In der aktuellen Klimadiskussion wird viel über CO2-Einsparungen im Auto- oder Flugverkehr gesprochen. Ein wesentlich höheres Einsparpotenzial sehe ich aber durch Häuserdämmungen und natürlich effizienteren Heizsystemen. Dies sagte ich auch bei der Besichtigung einer Pellet-Anlage, die in der Schwenninger Grabenäckerstraße für gleich sieben Wohnblocks und 64 Wohnungen (5000 Quadratmeter Wohnfläche) zum Einsatz kommt. Mit dabei bei der Besichtigung waren Markus Grimm und Markus Böll von Mall Umweltsysteme, die Pellet-Behälter aus Beton liefern, Andreas Döring von der doppelstädtischen Wohnungsbaugesellschaft wbg, die die Häuser sanieren lässt, Architekt Jürgen Kern und Martin Bentele vom Deutschen Energieholz- und Pellet-Verband. Bei 5,5 Millionen Ölheizungen im Land sehe ich noch viel Einsparungspotenzial. Pellet-Heizungen gibt es bundesweit erst rund 400 000.

Auf Stippvisite in Villingen-Schwenningen



Wir arbeiten alle für das Gleiche: das Wohl der Stadt. Ich habe großes Interesse, mit Ihnen und dem Gemeinderat zusammenzuarbeiten. Mehr Anknüpfungspunkte zwischen Bund und Kommunen über entsprechende Bundesprogramme machen dies auch möglich, sagte ich beim Besuch bei Oberbürgermeister Jürgen Roth in Villingen-Schwenningen und den Fraktionsvertretern. In diesem Zusammenhang nannte ich die Entwicklung der Mieten, den Breitbandausbau, die Digitalisierung der Schulen oder den 5G-Ausbau. OB Roth erhofft sich zudem in Bezug auf den geplanten Mietwohnungsbau auf den ehemaligen Kasernenarealen und der aktuellen Wohnungsknappheit auf ein finanzielles Entgegenkommen des Bundes beim Erwerb der Areale von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Bis zu 30 Millionen Euro an Zuschüssen für den Breitbandausbau in der Stadt und für die Digitalisierung der Schulen hat OB Roth für die Stadt errechnen lassen. Hier sicherte ich ihm meine Unterstützung zu und beteuerte, dass man gerade in der Diskussion um gleichwertige Lebensverhältnisse für

den Digitalausbau gute Argumente habe. Nach der Diskussionsrunde im Rathaus besichtigte man anschließend die neue, acht Millionen Euro teure Netzleitstelle der Stadtwerke Villingen-Schwenningen (SVS) unter Führung von SVS-Geschäftsführer Ulrich Köngeter.

Gute Nachrichten für Schonach



Die neue Grundsteuer-Regelung, der geplante Mobilfunkausbau nach 5G-Standard, die Integration und Rückführung von Asylbewerbern oder auch der Öffentliche Nahverkehr in Zeiten der Klimadiskussion waren Themen beim Gemeindebesuch in Schonach bei Bürgermeister Jörg Frey. An der Gesprächsrunde nahmen auch sechs von zwölf Gemeinderäten teil, was mich sehr freute. Glücklich zeigte sich Frey, dass die neue Grundsteuer-Regelung rechtzeitig kommen wird, da diese Steuerart wichtig und kalkulierbar für die Kommunen ist. Wichtig wäre für ihn auch die Schließung der vielen Mobilfunklöcher. Diskutiert wurde auch über den Ausbau des in Schonach schwachen Nahverkehrs. Ich verwies darauf, dass der Landkreis hier in der Vergangenheit sehr viel getan habe, es aber Probleme in den Randlagen des Kreises gebe. Die Lösung wäre in meinen Augen ein Verbund für Baden-Württemberg, damit würden Fahrten über die Kreisgrenzen hinweg deutlich günstiger.

Blick in den OP-Bereich des Schwarzwald-Baar-Klinikums



Das Schwarzwald-Baar-Klinikum Villingen-Schwenningen mit seiner Dependance in Donaueschingen hat jüngst erneut eine ausgeglichene Bilanz vorgelegt. Im Vergleich zu vielen anderen Kliniken im Land ist diese Bilanz eine positive Ausnahme. Geschäftsführer Matthias Geiser zeigte sich beim jährlichen Austausch dennoch nicht ohne Sorgen. Im Gesundheitswesen mit vielen neuen Gesetzen aus dem Hause Spahn sei einiges in Bewegung, was Unsicherheiten berge. Zudem setze der allgemeine Fachkräftemangel dem Haus zu. Ich verwies ich auf das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das ein Arbeiten in Deutschland für Nicht-EU-Bürger bald erleichtern wird. Auch die Ausbildungs-Anerkennung haben wir seitens der Koalition vereinfacht. Hochinteressant war abschließend der Blick in den OP-Bereich im Jaufenden Betrieb.

Diskussion um die Masern-Impfpflicht

Die Masern breiten sich nach UN-Angaben weltweit rasant aus. Im ersten Halbjahr 2019 seien in 182 Ländern knapp 365 000 Fälle der hochansteckenden Krankheit erfasst worden. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will mit einer Impfpflicht für Schul- und Kindergartenkinder sowie Erzieher, Lehrer oder Tagespflege- oder medizinisches Personal auf die steigenden Masernfälle und gesunkene Impfbereitschaft reagieren. Reaktionen der Impfskeptiker und -ablehner bleiben seither nicht aus. Sie bezweifeln eine durchschlagende Wirkung von Impfungen und warnen vor bleibenden Impfschäden. Zudem sehen sie ihre Grundrechte nach Artikel 2 und 6 verletzt. Ich betonte im Gespräch mit zwei jungen Müttern in Bräunlingen, dass ich Impfungen generell positiv gegenüber stehe. Leider lässt der Impfwille in Deutschland merklich nach und man muss auch an jene denken, die sich

nicht impfen lassen können und sich auf den Herdenschutz verlassen müssen, etwa Neugeborene.

Führungswechsel bei Südwestmetall



Markus Fink hat Anfang August Ralph Wurster als Ge-Südwestmetall-Bezirksgruppe schäftsführer der Schwarzwald-Hegau abgelöst. Nach kurzen Gesprächen jüngst beim Südwestmetall-Sommerfest im Neubau beim Landratsamt ergab sich nach dem vollzogenen Wechsel für mich nochmals die Gelegenheit, mich bei Ralph Wurster - er arbeitet nun als Geschäftsführer bei Südwestmetall Neckar-Fils in Esslingen - für den stets sehr guten Informationsaustausch zu bedanken und den in Villingen lebenden Markus Fink, den ich schon seit Jahren gut kenne, einen guten Start zu wünschen. Gesprächsthemen waren die sich abschwächende Konjunktur und die anstehende Tarifrunde.

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, 18. September 2019 ab 14.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!

Herzliche Einladung zum Dialog mit Bundesministerin Julia Klöckner





Bundestagsbüro

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: (030) 227 73 972 Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5 78048 Villingen-Schwenningen Tel.: (07721) 99 535 44

Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de



www.thorsten-frei.de ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei